

## **A24 Jungsozialismus op Kölsch**

Antragsteller\*in: JUBV

Weiterleitung an: Köln SPD

### **Antragstext**

Die Jusos Köln fordern eine Kommunalpolitik, die soziale Gerechtigkeit, Teilhabe und Solidarität ins Zentrum stellt: Von bezahlbarem Wohnen über Bildung, Mobilität und Kultur bis hin zu konsequentem Klimaschutz. Sicherheits-, Sozial- und Gleichstellungspolitik müssen dabei menschenwürdig, strukturell wirksam und unabhängig von Haushaltszwängen gestaltet werden, während soziale Infrastruktur, junge Kultur und Demokratieangebote geschützt und ausgebaut werden. Außerdem fordern wir Klare Kante gegen Faschismus von unseren Ratsabgeordneten und eine paritätische Besetzung von Führungspositionen.

#### **Bezahlbares Wohnen als Voraussetzung für Teilhabe**

Wohnen ist kein Luxus, sondern ein soziales Grundrecht. Gerade für Studierende und Auszubildende entscheidet der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum darüber, ob Ausbildung und Studium in Köln überhaupt möglich sind. Aus jungsozialistischer Sicht reicht es nicht aus, den Wohnungsmarkt lediglich zu regulieren – die Stadt muss selbst aktiv gestalten. Der Ausbau von Wohnheimen für Studierende und Auszubildende ist deshalb zwingend notwendig, um soziale Selektion im Bildungs- und Ausbildungsbereich zu verhindern.

Damit Kommunalpolitik handlungsfähig bleibt, braucht es zudem eine verlässliche Finanzierung. Eine starke, gerechte Gewerbesteuer ist kein Standortnachteil, sondern Voraussetzung dafür, dass soziale Infrastruktur, Wohnungsbau und öffentliche Daseinsvorsorge dauerhaft gesichert werden können.

#### **Sicherheits- und Obdachlosenpolitik sozial statt repressiv**

Jungsozialistische Kommunalpolitik versteht Sicherheit als Ergebnis verlässlicher sozialer Infrastruktur und wirksamer Prävention. Obdachlosigkeit und suchtbedingte Problemlagen sind Ausdruck struktureller sozialer Ungleichheit und dürfen nicht primär ordnungspolitisch behandelt oder kriminalisiert werden.

In Stadtteilen mit hoher Aufenthaltsdichte wie dem Neumarkt, dem Ebertplatz, dem Domumfeld oder den Kölner Ringen zeigt sich, dass Verdrängungsmaßnahmen durch Ordnungsdienste oder temporäre Aufenthaltsverbote weder nachhaltig wirken noch zur Entlastung der Situation beitragen. Stattdessen braucht es eine konsequente Stärkung sozialer und gesundheitlicher Hilfesysteme.

Dazu gehört insbesondere die dauerhafte Sicherung und der bedarfsgerechte Ausbau bestehender Angebote, wie der Drogenkonsumräume, die einen Beitrag zur Gesundheitsprävention, zur Reduzierung öffentlicher Konsumsituationen und zur Entlastung des öffentlichen Raums leisten. Diese Einrichtungen müssen personell, räumlich und finanziell abgesichert und bei Bedarf ergänzt werden.

Ergänzend sind niedrigschwellige Übernachtungs- und Aufenthaltsangebote, aufsuchende Sozialarbeit sowie eine stärkere Verzahnung von Wohnungs-, Gesundheits- und Suchthilfe erforderlich. Langfristig ist der Ausbau von Housing-First-Modellen sowie die konsequente Nutzung kommunaler Steuerungsmöglichkeiten im Wohnungsmarkt notwendig, um Wohnungslosigkeit dauerhaft zu vermeiden.

Eine sichere Stadt Köln entsteht nicht durch Verdrängung sozialer Problemlagen, sondern durch koordiniertes Verwaltungshandeln, das soziale Teilhabe ermöglicht, Hilfen frühzeitig zugänglich macht und bestehende erfolgreiche Strukturen stärkt. Sichtbarkeit sozialer Herausforderungen ist dabei kein Sicherheitsdefizit, sondern Voraussetzung für eine wirksame kommunale Sozialpolitik.

### **Soziale Infrastruktur schützen – gerade in Krisenzeiten**

Kürzungen im sozialen Bereich wirken sich nicht gleichmäßig aus, sondern verschärfen bestehende soziale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten. Gerade Angebote wie Frauenhäuser, Beratungsstellen bei häuslicher und sexualisierter Gewalt, Demokratie-, Antirassismus- und Gleichstellungsprojekte übernehmen zentrale Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge und sind für viele Kölner\*innen unverzichtbare Schutz- und Unterstützungsstrukturen.

In einer wachsenden Stadt wie Köln, in der steigende Mieten, soziale Verdichtung und zunehmende Gewaltbelastungen insbesondere Frauen, queere Personen und marginalisierte Gruppen treffen, dürfen diese Angebote nicht als „freiwillige Leistungen“ behandelt werden. Frauenhäuser und spezialisierte Beratungsstellen sind häufig ausgelastet; jede Kürzung verschärft bestehende Versorgungslücken und gefährdet konkret den Schutz Betroffener.

Auch Demokratie- und Gleichstellungsprojekte leisten in Köln einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Gewalt, zur politischen Bildung und zum

gesellschaftlichen Zusammenhalt – sei es in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen oder in der Arbeit gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung. Ihre Wirkung ist langfristig angelegt und nicht kurzfristig haushaltspolitisch kompensierbar.

Deshalb müssen diese Angebote dauerhaft, auskömmlich und unabhängig von kurzfristigen Haushaltslagen abgesichert werden. Wer an Frauenhäusern, Gleichstellungsarbeit oder Demokratieprojekten spart, spart nicht effizient, sondern gefährdet Schutz, Teilhabe und die demokratische Stabilität der Stadtgesellschaft.

### **Bildungsgerechtigkeit durch längeres gemeinsames Lernen**

Das gegliederte Schulsystem trägt auch in Köln maßgeblich zur Reproduktion sozialer Ungleichheit bei. Der Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen hängt weiterhin stark von der sozialen Herkunft, dem Einkommen und dem Bildungsstand der Eltern ab. Gerade in einer sozial und räumlich stark differenzierten Stadt wie Köln verfestigen sich diese Unterschiede bereits früh im Bildungssystem.

Gesamtschulen stehen für längeres gemeinsames Lernen, höhere Durchlässigkeit und bessere Bildungschancen unabhängig von Herkunft oder sozialem Status. Die anhaltend hohe Nachfrage nach Gesamtschulplätzen in Köln zeigt deutlich, dass dieses Schulmodell dem Bedarf vieler Familien entspricht. Besonders im rechtsrheinischen Stadtgebiet fehlen jedoch weiterhin ausreichend Gesamtschulplätze, sodass viele Schüler\*innen auf andere Schulformen oder lange Schulwege verwiesen werden.

Aus jungsozialistischer Sicht muss dieser strukturelle Mangel bei der Schulentwicklungsplanung und beim Bau neuer Schulstandorte in Köln konsequent berücksichtigt werden. Wo neue Schulen entstehen oder bestehende Standorte erweitert werden, ist dem Gesamtschulmodell insbesondere im rechtsrheinischen Köln systematisch der Vorrang zu geben. Schulentwicklungsplanung darf sich nicht an historisch gewachsenen Strukturen orientieren, sondern muss sich an sozialer Gerechtigkeit und tatsächlichen Bedarfen ausrichten.

### **Mobilität als Frage sozialer Gerechtigkeit**

Mobilität ist in Köln eine zentrale Voraussetzung für soziale Teilhabe. Noch immer sind insbesondere die Randbezirke sowie die rechte Rheinseite in ihrer Anbindung an Arbeitsplätze, Bildungsangebote und soziale Infrastruktur benachteiligt. Unzureichende Taktungen, fehlende Direktverbindungen und eine hohe Abhängigkeit vom Individualverkehr verstärken bestehende soziale Ungleichheiten zwischen den Stadtteilen.

Jungsozialistische Verkehrspolitik in Köln setzt daher auf einen leistungsfähigen, bezahlbaren und flächendeckenden öffentlichen Personennahverkehr. Der konsequente Ausbau von Bus- und Stadtbahnangeboten – insbesondere in Stadtteilen wie Chorweiler, Rodenkirchen, Porz, Kalk oder Mülheim – ist ebenso notwendig wie die Stärkung von Verbindungen abseits der Innenstadt.

Ergänzend braucht Köln eine durchgängige und sichere Radverkehrsinfrastruktur, die auch für Kinder, ältere Menschen und ungeübte Radfahrende nutzbar ist. Derzeit bestehen insbesondere entlang stark befahrener Hauptverkehrsachsen weiterhin erhebliche Sicherheitsdefizite.

Verkehrsberuhigende Maßnahmen wie Tempo 30 sind dabei kein Selbstzweck, sondern ein zentrales Instrument zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zur Reduzierung von Lärm- und Schadstoffbelastung sowie zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Straßen wie die Kalker Hauptstraße, die seit Jahren eine hohe Unfallbelastung aufweist und nachweislich als gefährlichste Straße Kölns gilt (Kölner Stadtanzeiger, 2025), zeigen exemplarisch, dass Tempo-Reduzierungen, sichere Querungen und eine Neuaufteilung des Straßenraums dringend notwendig sind. Gerade in dicht bebauten Geschäfts- und Wohnstraßen mit hohem Fuß- und Radverkehr müssen der Schutz von Menschen und nicht die Durchfahrtsgeschwindigkeit im Mittelpunkt stehen.

Eine sozial gerechte Verkehrspolitik für Köln stellt nicht den Autoverkehr, sondern die Sicherheit und Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund – und schafft so mehr Teilhabe, Sicherheit und Lebensqualität in allen Stadtteilen.

### **Klimaschutz darf nicht vertagt werden**

Das von der Stadt Köln beschlossene Ziel der Klimaneutralität bis 2035 darf weder relativiert noch zeitlich verschoben werden. Kommunalpolitik trägt eine besondere Verantwortung, dieses Ziel durch verbindliche Maßnahmen, klare Zuständigkeiten und eine auskömmliche Finanzierung zu hinterlegen. Klimaschutz ist dabei keine freiwillige Zusatzaufgabe, sondern zentrale Voraussetzung für Gesundheit, soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität in der Stadt.

Konkret bedeutet das für Köln unter anderem den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien auf kommunalen Gebäuden, eine sozial gerechte Wärmewende mit gezielten Förderprogrammen für Mieter\*innen und einkommensschwache Haushalte sowie eine deutliche Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs zugunsten von ÖPNV, Rad- und Fußverkehr. Gleichzeitig müssen Klimaanpassungsmaßnahmen wie Entsiegelung, Begrünung, Frischluftschneisen und hitzeresiliente Quartiersentwicklung insbesondere in belasteten Stadtteilen priorisiert werden.

136 Sozial gerechter Klimaschutz in Köln bedeutet auch, bestehende Strukturen und  
137 Prioritäten zu hinterfragen – etwa bei Flächenverbrauch, Verkehrspolitik oder  
138 der Verteilung kommunaler Investitionen. Nur wenn Klimaschutz konsequent,  
139 verbindlich und sozial ausgewogen umgesetzt wird, kann Köln seiner Verantwortung  
140 gerecht werden und die Klimaziele tatsächlich erreichen.

### 141 **Kultur erhalten und Räume für junge Menschen sichern**

142 Clubs, Jugendkultur und freie Kulturorte sind in Köln zentrale Räume der  
143 Begegnung, der politischen Bildung und der kulturellen Vielfalt. Sie prägen das  
144 städtische Leben insbesondere für junge Menschen und leisten einen wichtigen  
145 Beitrag zu Teilhabe, Integration und demokratischer Stadtgesellschaft. Orte wie  
146 freie Initiativen, soziokulturelle Zentren und Clubstandorte sind dabei weit  
147 mehr als Freizeitangebote, sie sind soziale Infrastruktur.

148 Das fortschreitende Club- und Kulturstättensterben in Köln ist Ausdruck einer  
149 Stadtentwicklung, die Flächen- und Verwertungsinteressen zunehmend über  
150 kulturelle Bedürfnisse stellt. Steigende Mieten, kurzfristige Nutzungsverträge,  
151 Lärmschutzkonflikte und fehlende Planungssicherheit gefährden insbesondere  
152 nichtkommerzielle und junge Kulturangebote. Entwicklungen in Stadtteilen wie  
153 Ehrenfeld, Mülheim oder der Innenstadt zeigen, dass kulturelle Räume häufig  
154 verdrängt werden, sobald Quartiere aufgewertet werden.

155 Aus jungsozialistischer Sicht muss die Kölner Kulturpolitik dem mit  
156 verbindlichen strukturellen Maßnahmen begegnen. Dazu gehören die  
157 planungsrechtliche Sicherung von Club- und Kulturstandorten, langfristige Miet-  
158 und Nutzungsperspektiven, sowie eine verlässliche finanzielle Förderung freier  
159 Träger. Ebenso notwendig ist die aktive Einbindung junger Menschen in  
160 kulturpolitische Entscheidungsprozesse, etwa durch Beteiligungsformate,  
161 transparente Förderstrukturen und jugendgerechte Zugänge zu Räumen.

### 162 **Klare Kante gegen Rechts**

163 Eine Zusammenarbeit mit der AfD widerspricht fundamental den  
164 sozialdemokratischen und jungsozialistischen Grundwerten. Dies gilt ausdrücklich  
165 auch für Formen der indirekten Kooperation, etwa durch Mehrheitsbeschaffung,  
166 gemeinsame Abstimmungen oder das bewusste Inkaufnehmen von AfD-Stimmen in Rat,  
167 Ausschüssen oder Bezirksvertretungen.

168 Gerade auf kommunaler Ebene trägt die Politik eine besondere Verantwortung für  
169 das Funktionieren demokratischer Institutionen und den gesellschaftlichen  
170 Zusammenhalt in einer vielfältigen Stadtgesellschaft. Die AfD steht für eine  
171 Politik der Ausgrenzung, der sozialen Spaltung und der Relativierung  
172 demokratischer Grundprinzipien – Positionen, die mit den Zielen einer  
173

solidarischen, offenen und antirassistischen Stadt Köln unvereinbar sind.

Eine klare und nachvollziehbare Abgrenzung im Rats- und Ausschussalltag ist daher unerlässlich. Demokratische Mehrheiten in Köln müssen ohne die AfD organisiert werden.

Für jungsozialistische Kommunalpolitik in Köln bedeutet dies, klare Haltung zu zeigen, Verantwortung für die demokratische Kultur zu übernehmen und jede Form der Normalisierung rechter Politik konsequent zurückzuweisen.

### **Gleichstellung strukturell umsetzen**

Gleichstellung ist in Köln keine Symbolpolitik, sondern eine Frage von Macht, Repräsentation und struktureller Gerechtigkeit. Die Zusammensetzung der Verwaltungsspitze prägt maßgeblich politische Prioritäten, Entscheidungsprozesse und Verwaltungskultur – und damit die konkrete Lebensrealität der Kölner\*innen.

Da in den kommenden Jahren sämtliche Dezernatsposten der Stadt Köln neu besetzt werden, ergibt sich eine besondere kommunalpolitische Verantwortung. Dieser Prozess muss konsequent genutzt werden, um Geschlechtergerechtigkeit in der Führungsebene der Stadtverwaltung strukturell zu verankern. Die bisherige Unterrepräsentanz von Frauen in Dezernaten ist kein individuelles, sondern ein systemisches Problem und darf nicht fortgeschrieben werden.

Aus jungsozialistischer Sicht muss die paritätische Besetzung der Dezernatsposten zum verbindlichen Maßstab kommunaler Personalpolitik in Köln werden. Dies erfordert transparente Auswahlverfahren, klar definierte Gleichstellungsziele sowie die konsequente Berücksichtigung gleichstellungspolitischer Kriterien bei der Besetzung von Spitzenpositionen.

Eine Verwaltungsspitze, die die Vielfalt der Stadtgesellschaft widerspiegelt, stärkt nicht nur die Gleichstellung, sondern auch die demokratische Legitimation und Leistungsfähigkeit der Kölner Stadtverwaltung. Parität ist damit kein freiwilliges Ziel, sondern Ausdruck moderner, verantwortungsvoller Kommunalpolitik.

### **Quellen:**

<https://www.ksta.de/koeln/koeln-kalker-hauptstrasse-laut-auswertung-erneut-gefaehrlichste-strasse-koelns-4-1154038>  
<https://www.ksta.de/koeln/koeln-kalker-hauptstrasse-laut-auswertung-erneut-gefaehrlichste-strasse-koelns-4-1154038>